

Anzeiger von Uster

Montag, 14. Juni 2021 | Nr. 134 | CHF 3.80 | www.zürst.ch

Gino Mäder siegt zum Abschluss

Der Schweizer Radprofi setzt einen positiven Schlusspunkt hinter eine gute Schweizer Tour de Suisse. **Seite 25**



Gewaltdelikt in Dübendorfer Wohnung

Die wegen einem Streit herbeigerufene Polizei trifft auf einen leblosen Mann und eine verletzte Frau. **Seite 2**

Sicht- und Lichtschutz für alles, was das Leben bringt.

Zürcherstrasse 29
8620 Wetzikon

Telefon 044 932 29 88
www.reibenschuhag.ch

Reibenschuh AG
Teppiche · Parkett · Plattenbeläge · Vorhänge

Ustermer bestehen auf ihrem Kultur- und Begegnungszentrum

Uster Rund 60 Prozent der Stimmberechtigten haben für den Projektierungskredit des Kulturzeughauses gestimmt. Sowohl Befürworter als auch Gegner wollen jetzt näher zusammenrücken.

Es ist ein klares Ja zum Kultur- und Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal, das die Ustermerinnen und Ustermer gestern in die Urne gelegt haben. Der Projektierungskredit von 2,3 Millionen Franken wurde mit 59,41 Prozent angenommen. Damit geht das Projekt in die nächste Phase, die mit dem Baukredit enden soll.

Der emotional und von beiden Seiten intensiv geführte Abstimmungskampf hat sich gelohnt: 61,08 Prozent der Stimmberechtigten äusserten sich zur Vorlage – das ist eine hohe Stimmbeteiligung. Der Abstimmungskampf scheint jedoch alle Beteiligten ermüdet zu haben. So beteuern Stadtpräsidentin Barbara Thalman (SP) als auch Gemeinderat Hans Denzler (SVP), nun in den Dialog treten und einen gemeinsamen Weg suchen zu wollen. Das heisst aber nicht, dass punkto Zeughaus jetzt «Friede, Freude, Eierkuchen» herrscht. Die SVP geht mit Forderungen an den Kuscheltisch, die den neuen Frieden durchaus stören könnten. (dvw) **Seite 3**



Die Stimmberechtigten Usters haben Ja gesagt zum Kultur- und Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal. Visualisierung: PD

Quartierbewohner siegen gegen die Stadt Uster

Uster Die Anwohnerinnen und Anwohner der Breitackerstrasse in Uster haben mit ihrem Referendum reüssiert: Die Festsetzung der Verkehrsbaulinien im Abschnitt Karlstrasse bis Schachenweg wurde an der Urne mit 40 zu 60 Prozent deutlich abgelehnt.

Somit bleibt die Quartierstrasse in diesem Bereich privat, und die Stadt kann sich die Fuss- und Velowegverbindung nicht rechtlich sichern. Doch der Auftrag aus dem Richtplan bleibt bestehen. (tac) **Seite 5**

Fälländer ziehen RPK einer RGPK vor

Fällanden Nun wird auch Fällanden zur Einheitsgemeinde. Der Gemeinderat schlug in seiner Variante einer neuen entsprechenden Gemeindeordnung die Beibehaltung der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vor. Mehrere Ortsparteien forderten jedoch die Bildung einer Rechnungs- und Geschäftsprüfungskommission (RGPK).

Gestern Sonntag nun äusserte sich das Stimmvolk abschliessend in dieser Frage: Es will weiterhin eine RPK. (zo) **Seite 5**

Stadt-Land-Graben bei den zwei Agrarinitiativen

Bern Das Landwirtschaftsinitiativen-Nein überrascht weder Gegner noch Befürworter.

Zwei Bürgerbewegungen sind mit der Trinkwasserinitiative und der Pestizidinitiative aufgelaufen. 60,7 Prozent der Stimmen sagten Nein zur Trinkwasserinitiative, 60,6 Prozent lehnten die Pestizidinitiative ab. Die Stimmbeteiligung lag bei rund 59 Prozent. Fast alle Kantone sagten Nein, am deutlichsten das Wallis. Der einzige Kanton mit doppel-

tem Ja war Basel-Stadt. Vorwiegend in Städten fanden die Anliegen Zustimmung.

Der Abstimmungskampf war intensiv und zuweilen emotional, wie Landwirtschaftsminister Guy Parmelin gestern Abend vor den Medien sagte. Die gegnerischen Lager rief er nach dem Abstimmungskampf zum Dialog auf: «Jetzt ist es wichtig, dass sich

Gegner und Befürworter aufeinander zubewegen.» Das doppelte Nein wertete er als Bestätigung des Kurses von Bundesrat und Parlament hin zu einer nachhaltigeren Landwirtschaft. Diese müsse die bisherigen Anstrengungen hin zu mehr Ökologie fortsetzen. An die Bevölkerung appellierte er, sich bewusst zu sein, vor welchen Herausfor-

derungen die Landwirtschaft stehe.

Der Bauernverbandspräsident Markus Ritter sagte, die Landwirtschaft sei gewillt, Verbesserungen beim Pestizideinsatz voranzutreiben. Er schätze das mit der Ablehnung der Initiativen ausgesprochene Vertrauen der Konsumenten in die Arbeit der Bauernfamilien. (sda) **Seite 17**

Keine Zulagen, dafür Banditen

Zürich Die Zürcherinnen und Zürcher wollen nicht mehr Geld vom Staat: Sie lehnten eine Initiative für höhere Beiträge an die Krankenkassen-Prämienverbilligung ab. Die Initiative «Raus aus der Prämienfalle» scheiterte mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 63,9 Prozent. Ebenso deutlich wurde die Initiative «Mehr Geld für Familien», die höhere Kinder-

zulagen verlangte, abgelehnt. 61,5 Prozent legten ein Nein in die Urne. Mit 65 Prozent Ja-Stimmen nahmen die Stimmberechtigten das neue Geldspielgesetz an. Es sieht kein Verbot für Geldspielautomaten mehr vor und ermöglicht eine Rückkehr der seit 1994 verbotenen Geldspielautomaten in Restaurants, Bars, Spielsalons. (zo) **Seiten 15, 16**

Dübendorfer schicken Tempo 30 bachab

Dübendorf Das war deutlich: 59,4 Prozent der Dübendorfer sagten gestern Nein zu Tempo 30 in den Quartieren. Es ist bereits das dritte Mal, dass sich der Souverän an der Urne gegen eine grossflächige Temporeduktion ausgesprochen hat. Geplant gewesen waren 16 neue Tempo-30-Zonen, die der Stadtrat in Etappen umgesetzt hätte. Dafür waren Kosten von 930 000 Franken budgetiert.

Nach einem emotionalen Abstimmungskampf zeigten sich gestern Gegner wie auch Befürworter überrascht von der Deutlichkeit des Resultats. Der Vorlage geschadet hat dabei sicherlich die kürzlich vom Stadtrat eingeführte 30er-Zone im Zentrum. Diese könnte nun selber unter Beschuss kommen. Denn mit dem Sieg in der Tasche denken die Gegner über «Massnahmen» nach. (tba) **Seite 2**

Hinwiler schmettern geplanten Landverkauf ab

Hinwil Es war ein Geschäft, das in den letzten Wochen für viel Aufruhr in Hinwil sorgte: der geplante Verkauf des Grundstücks Kemptnerstrasse 8. Als Legat erhalten, wollte der Gemeinderat die Liegenschaft der Wohnbaugenossenschaft Bachtel-Hinwil überlassen. Diese hatte vor, auf dem Areal altersgerechte Wohnungen zu bauen. Der Plan wurde von Teilen der Bevölkerung scharf kritisiert – und nun an der

Urne abgelehnt. Der Hinwiler Gemeinderat Horst Meier (FDP) zeigt sich enttäuscht über das negativ ausgefallene Abstimmungsergebnis. Es sei bedauerlich, dass sich keine mehrheitsfähige Lösung finden liess – zumal das Legat nun schon seit acht Jahren im Besitz der Gemeinde ist. Zudem kritisiert der Finanz- und Liegenschaftsvorsteher das Vorgehen gewisser Gegner der Vorlage, (tas) **Seite 7**

Ein Drama und ein mässiger Start

Fussball Trotz der dramatischen Ereignisse beim Spiel gegen Finnland entschied sich das dänische Nationalteam, auch die restlichen Partien der EM zu bestreiten. Ihr Captain Christian Eriksen war am Samstag kurz vor der Halbzeitpause zusammengebrochen.

Der Schweizer Mannschaft ist der Start missglückt: Gegen Wales resultierte trotz 1:0-Führung nur ein 1:1. (zo) **Seiten 23, 24**



Redaktion
044 933 33 33, redaktion@zol.ch
Aboservice
044 933 32 05, abo@zol.ch
Inserate
044 933 32 04, inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRZ
Zürcher Regionalzeitungen

Inserate

Rubriken

■ Amtliche Anzeigen

Auf das Ja soll jetzt der Frieden folgen

Uster Rund 60 Prozent der Stimmberechtigten haben den Projektierungskredit fürs Kulturzentrum angenommen. Nach einem hitzigen Abstimmungskampf wollen nun alle wieder in den Dialog treten.



Der Abstimmungskampf um den Projektierungskredit fürs Kulturzentrum war hart. Archivfoto: Christian Merz

Deborah von Wartburg

Uster will sein Kulturzentrum. Das hat das Stimmvolk mit der Abstimmung zum Projektierungskredit zum Kultur- und Begegnungszentrum auf dem Zeughausareal nochmals klargestellt. Mit 59,43 (7860 Stimmen) Prozent haben die Ustermerinnen und Ustermer die 2,3 Millionen Franken angenommen. 40,57 Prozent (5366 Stimmen) waren dagegen.

Der Abstimmungskampf war hart und auf allen Kanälen geführt worden. Die hohe Stimmbeteiligung von 61,08 Prozent zeigt, dass dieser Kampf Früchte getragen hat.

Das dritte «Ja» zum Projekt

Mit dieser Abstimmung sagen die Ustermer Stimmberechtigten nun schon zum dritten Mal Ja zum Zeughausprojekt. Sie taten dies bereits im September 2009 für den Fünf-Phasen-Plan und im Juni 2016 für den Kauf und den Gestaltungsplan des Areals. Eigentlich wäre zum Projektierungskredit gar keine Volksab-

stimmung geplant gewesen. Doch die SVP ergriff im November – ein Tag nach Absegnung der Vorlage im Gemeinderat – das Referendum und reichte Mitte Januar die dafür nötigen Unterschriften ein. Die FDP sprang ihr kurz darauf zur Hilfe.

Stadtpräsidentin und Befürworterin des Kulturzentrums, Barbara Thalmann (SP), zeigt sich erleichtert nach Bekanntgabe der Abstimmungsergebnisse. Sie verbrachte den Sonntagabend feiernd auf dem Zeughausareal. «Ich freue mich sehr», sagt sie. «Vor allem über die Deutlichkeit. Der Abstimmungsausgang war schwierig einzuschätzen.» Ihr Umfeld sei zwar für den Kredit gewesen. «Doch das heisst noch lange nicht, dass sich diese Haltung mit der allgemeinen Sicht deckt.»

Die grosse Einigung

Thalmann sagt, der Abstimmungskampf sei gut gelaufen. «Es ist ja auch ein Projekt von der Bevölkerung für die Bevölkerung. Das hat man gemerkt in allen persönlichen Initiativen und

öffentlichen Botschaften aus der Bevölkerung.»

Sie hofft aber, dass man nach der Polarisierung nun wieder einen gemeinsamen Weg mit den Kritikern der Vorlage finde. «Deshalb haben wir auch die Gegner ans nächste Kulturgelage eingeladen. Wir wollen das Gespräch mit allen suchen.» Das Kulturgelage wird am 26. Juni auf dem Zeughausareal stattfinden. Der alljährliche Anlass soll Interessierten und Betroffenen die Gelegenheit geben, bei der Kulturpolitik mitzureden.

SVP zeigt sich dialogbereit

Einer der prominentesten Gegner des Projektierungskredits ist Gemeinderat Hans Denzler (SVP). Nach den lautstarken Protesten zeigt sich der Verlierer nun handzahn. Er sagt: «Ich habe mich schon angemeldet und werde ans Kulturgelage kommen. Auch wir wollen nun gemeinsam mit den Befürwortern arbeiten und den Weg vorwärtsgehen.»

Enttäuscht über das Ergebnis sei er nicht. «Es wäre ein Wun-

der gewesen, wenn wir gewonnen hätten. Die Zahl der Nein-Stimmen ist aber trotzdem beachtlich.» Er hoffe, dass die Verantwortlichen diesen 41 Prozent nun auch zuhören. «Denn sie sind auch ein grosser Teil der Ustermer Bevölkerung.» Der Volksentscheid sei jedoch zu akzeptieren.

Sparforderungen bleiben

Kämpferischer gibt sich derweil seine Partei, die SVP. Nach Bekanntgabe der Resultate verschickte sie eine Medienmitteilung, in der sie erneut Forderungen stellt: Demnach soll der Stadtrat das Projekt nochmals prüfen und redimensionieren. Dieses Mal aber auf eigene Initiative hin, verlangt die SVP.

Ferner müsse das Kulturzentrum, wie zurzeit geplant, mindestens 72 unterirdische Parkplätze erhalten. Und: Das Kulturbudget der Stadt sowie der Steuerfuss dürften nicht weiter erhöht werden.

In einem kürzlich im ZO/AvU erschienenen Streitgespräch mit Thalmann hatte Denzler genau

diese Steuererhöhungen angesprochen. Das Volk müsse sich bewusst sein, dass dies bei einem Ja eine mögliche Konsequenz sein könnte.

Jetzt wird projektiert

Denzler erklärt: «Die Forderungen sind unser Ziel. Mit denen gehen wir in den Dialog hinein. Nur weil das Volk den Kredit absegnen hat, heisst das nicht, dass es auch für Steuererhöhungen und für eine Erhöhung des Kulturbudgets einsteht.» Die SVP werde diese Positionen in der Diskussion vertreten, sei aber bereit, Einverständnisse zu machen. Und fordert diese von den Befürwortern.

Die nächsten Schritte werden laut Stadtpräsidentin Barbara Thalmann zeitnah erfolgen. «Das zuständige Architekturbüro wird nun den Auftrag zur Projektierung erhalten und die weiteren Planungsschritte an die Hand nehmen.»

Video zum Thema unter [zueriost.ch](#)

Deutliches Ja zur Gemeindeordnung

Dübendorf/Schwerzenbach Die Sekundarschulgemeinde Dübendorf-Schwerzenbach bekommt eine neue «Verfassung». Die Stimmberechtigten genehmigten am Sonntag die revidierte Gemeindeordnung klar mit 81,04 Prozent Ja-Stimmen. Die Dübendorfer Grünen und die SP hatten vor der Abstimmung die angebliche Machtfülle in der Schulpflege kritisiert und gefordert, dass in der Gemeindeordnung eine Unvereinbarkeit zwischen dem Präsidium und dem Finanzvorstand festgeschrieben wird. (zo)

Paul Zahner ist neuer Friedensrichter

Uster Der Parteilose erzielte gestern 800 Stimmen mehr als die Grüne Eveline Fuchs.

Im zweiten Wahlgang für das Amt des Ustermer Friedensrichters wurde gestern Sonntag Paul Zahner (parteilos) mit 4832 Stimmen gewählt. Dies, obwohl im Vorfeld Vorwürfe des Kontrahenten Diego Gorisek (parteilos) gegen den Kandidaten aufgetaucht waren, seine Postadresse in Uster existiere einzig zum Zweck der Kandidatur. Ebenfalls stellte sich heraus, dass Zahners

Firma Fairsolution vor drei Jahren einen Zivilrechtsprozess gegen den WWF verloren hatte. Der Grund: Sie hatte Waren mit einem Logo vertrieben, die dem Pandabären der Umweltschutzorganisation zum Verwechseln ähnlich sah (wir berichteten).

Viele ungültige Wahlzettel

Nicht gewählt wurden am gestrigen Sonntag Eveline Fuchs

(Grüne) – sie erhielt 4032 Stimmen – und Diego Gorisek selbst. Wie viele Stimmen er erhalten hat, wird im Protokoll der Stadt nicht aufgeführt. Evident ist lediglich, dass 399 Stimmen für Vereinzelte in die Wahlurnen eingeworfen wurden.

Bemerkenswert sind zudem die insgesamt 1312 ungültigen Wahlzettel, von denen 1240 leer waren. (zo)

Kommentar

Lust statt Angst – auch in der Debatte

Uster hat sich entschieden. Für sein Kulturzentrum. Für mehr Stadtleben und für einen Projektierungskredit von 2,3 Millionen Franken. Die grosse Angst vor dem Geldausgeben, vor dem teuren Bau und vor einer etwaigen Steuererhöhung ist kleiner als die Ungeduld aufs Kulturzentrum.

Aus diesem Ergebnis ist auch eine selbstbewusste und optimistische Lektion der Ustermer aus der Corona-Zeit herauszulesen. Das liegt vielleicht am Zeitpunkt der Abstimmung. Jetzt wird geöffnet, gefeiert, es werden Pläne gemacht, und der Sinn steht nicht danach, ängstlich das Portemonnaie zuzuhalten. Das müssen nun auch die Bürgerlichen im Gemeinderat akzeptieren. Die Stimmberechtigten haben sich in diesem Fall fürs Geldausgeben entschieden. Weil sie das Kultur- und Begegnungszentrum, das sie dafür bekommen, haben wollen.

Wenige sagen, dass sie gern Steuern zahlen. Doch vielleicht ist das ein Denkfehler. Vielleicht sollten die Schweizer häufiger den Blick darauf richten, was sie vom Staat bekommen (wollen), und weniger darauf, was er sie jährlich kostet. Die Ustermer und Ustermerinnen haben in dieser Abstimmung jedenfalls gezeigt, dass sie sich trotz Pandemie und Krise nicht vom Angst-, sondern vom Lustprinzip leiten lassen. Vielleicht auch, weil sie während der Pandemie erfahren haben, welchen Einfluss das kulturelle Angebot auf das individuelle Glücksempfinden und den öffentlichen Dialog haben kann. Denn Kultur ist nicht einfach nur Unterhaltung und Zerstreuung. Mit ihr werden Werte und Kategorien ausgehandelt, in denen wir in der Zukunft unsere Gesellschaft mitgestalten wollen. Dieses Aushandeln bedeutet also nicht blossen Konsum, sondern auch eine anschließende Auseinandersetzung mit den Inhalten. Somit hat sich Uster zudem für mehr Dialog entschieden.

Dieser braucht aber mehr als Orte der Auseinandersetzung. Er braucht ebenso die Bereitschaft, einander sich verändern zu lassen und nuancierte Positionen zuzugestehen. Jemand kann etwa für Kultur, aber gegen dieses Projekt sein. Diese Offenheit für Dialog kann und muss die Ustermer Bevölkerung nun mit der weitergehenden Diskussion ums Zeughausareal beweisen. Es ist jetzt für die Befürworter einfach zu sagen: «Das Volk hat uns recht gegeben. Deswegen haben wir recht.» Eine gute Demokratie kümmert sich um ihre Minderheitenmeinungen.

Im Fall des Zeughauskredits heisst dies auch: Die Ängste der Minderheit ernst zu nehmen und ihnen mit einer Prozessbeteiligung und mit Offenheit für inhaltliche Kritik diese Angst zu nehmen. Das Resultat davon kann ein Kompromiss-Kulturbudget sein oder etwa eine bestimmte Parkplatzzahl.



Deborah von Wartburg
Redaktorin
Resort Uster

In Kürze

Der Wolf ist zurück – wie geht es weiter?

Egg An einer Veranstaltung des Natur- und Heimatschutzvereins Egg beleuchtet David Gerke, Schaffirte und Jäger sowie Präsident der Gruppe Wolf Schweiz, die vielfältigen Aspekte des Wolfs in der Schweiz. Mittlerweile leben hier wieder rund 100 Wölfe. Diese treten oft in Konflikt mit Nutzungsinteressen der Bevölkerung. – Gerke lädt nach dem Vortrag zur Diskussion ein. Der Anlass findet am Mittwoch um 19 Uhr im reformierten Kirchgemeindehaus Esslingen statt. (zo)